

Antrag

der Abgeordneten Dr. Eberhard Brecht, Gernot Erler, Hans Koschnick, Holger Bartsch, Hans Gottfried Bernrath, Rudolf Bindig, Freimut Duve, Evelin Fischer (Gräfenhainichen), Norbert Gansel, Manfred Hampel, Christel Hanewinckel, Dr. Uwe Holtz, Siegrun Klemmer, Dr. Hans-Hinrich Knaape, Walter Kolbow, Dr. Klaus Kübler, Hinrich Kuessner, Christoph Matschie, Markus Meckel, Gerhard Neumann (Gotha), Renate Rennebach, Peter W. Reuschenbach, Günter Rixe, Dr. Hermann Scheer, Siegfried Scheffler, Dr. Emil Schnell, Dr. Hartmut Soell, Karl-Heinz Schröter, Günter Verheugen, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Gerd Wartenberg (Berlin), Reinhard Weis (Stendal), Dr. Peter Struck, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Gewährleistung der Menschenrechte und Wiederherstellung der Selbstverwaltung der Kosovo-Albaner

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag erwartet von der Bundesregierung, daß diese im Rahmen der weiteren EG-Verhandlungen auf die Gewährleistung der Menschenrechte für die Kosovo-Albaner hinwirkt und zugleich für demokratische Verhältnisse und die Wiederherstellung der Selbstverwaltung im Kosovo nachhaltig eintritt.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, den durch die jugoslawische Bundesarmee zur militärischen Durchsetzung serbischer Ziele zwangsrekrutierten und desertierten jungen Männern aus dem Kosovo und aus der Vojvodina so lange eine Aufenthaltsgenehmigung in der Bundesrepublik Deutschland zu gewähren, bis sie nicht mehr mit einem Strafverfahren rechnen müssen.

Bonn, den 18. März 1992

Dr. Eberhard Brecht
Gernot Erler
Hans Koschnick
Holger Bartsch
Hans Gottfried Bernrath
Rudolf Bindig
Freimut Duve
Evelin Fischer (Gräfenhainichen)
Norbert Gansel

Manfred Hampel
Christel Hanewinckel
Dr. Uwe Holtz
Siegrun Klemmer
Dr. Hans-Hinrich Knaape
Walter Kolbow
Dr. Klaus Kübler
Hinrich Kuessner
Christoph Matschie

Markus Meckel
Gerhard Neumann (Gotha)
Renate Rennebach
Peter W. Reuschenbach
Günter Rixe
Dr. Hermann Scheer
Siegfried Scheffler
Dr. Emil Schnell

Dr. Hartmut Soell
Karl-Heinz Schröter
Günter Verheugen
Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Gerd Wartenberg (Berlin)
Reinhard Weis (Stendal)
Dr. Peter Struck
Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Begründung

Die absehbare Stationierung von Blauhelm-Einheiten der Vereinten Nationen in Jugoslawien gibt begründeten Anlaß für die Hoffnung, daß der Friedensprozeß auf dem Balkan beginnen und die schwere Krise beigelegt werden kann.

Es besteht jedoch die reale Gefahr, daß die Krisenregion des Kosovo vernachlässigt wird und sich die bedrohliche Situation dort weiter zuspitzt.

Die politische Lage im Kosovo-Gebiet hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich verschärft. Menschenrechtsverletzungen gegenüber der albanischen Bevölkerung sind an der Tagesordnung. Obwohl die Albaner mit rund 90 Prozent der Bevölkerung die Mehrheit im Kosovo stellen, wird ihnen die Wiederherstellung der Selbstverwaltung verwehrt. Mit der Aufhebung der Autonomie Kosovos sowie mit der Auflösung des Parlaments und der Regierung in Prishtina im Juli 1990 ist die politische Entmündigung und Entrechtung durch die serbische Regierung praktisch vollzogen worden. Friedliche albanische Kundgebungen werden von den serbischen Behörden gewaltsam unterdrückt.

Zu den massiven Repressalien gehören auch systematische Versuche, Albaner aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens zu drängen. Durch politisch motivierte Massenentlassungen haben viele albanische Arbeitnehmer ihren Lebensunterhalt verloren mit der Folge, daß ihre Familien in Not und Verzweiflung gestürzt wurden. Entlassungen im Gesundheits- und Bildungssystem führten zur Verschlechterung der Gesundheitsversorgung und zu gravierenden Benachteiligungen bei Bildung und Ausbildung.

Es gibt Berichte über eine Bewaffnung der serbischen Zivilbevölkerung durch die serbische Regierung. Dies wäre eine bedrohliche Militarisierung der Region, die den ethnischen Sprengstoff verschärft und das politische Klima weiter aufheizt. Viele Tausende Kosovo-Albaner suchten in der Flucht nach Westeuropa einen Ausweg aus der prekären Lage. Aber auch die serbische Bevölkerung im Kosovo fühlt sich bedroht und beklagt separatistische Bestrebungen der Albaner.

Das Klima zwischen den albanischen und serbischen Bevölkerungsteilen ist von derart tiefem Mißtrauen, Angst und Unverständnis geprägt, daß die Aussicht auf einen Dialog ohne die Hilfe Dritter äußerst gering ist. Die Bundesregierung sollte im Rahmen der EG ihre Einflußmöglichkeiten nutzen, um weiteres Blutvergießen in dieser Region zu verhindern. Ein echter Friedensprozeß für Jugoslawien erscheint ohne Einbeziehung der Kosovo-Albaner nicht möglich.